

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

76 (14.2.1919) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weitans größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Biergarten. Chefredakteur: Albert Herzog. Verantwortlich für allem. Politisch und literarisch: Anton Rudolph, bad. Politik, Volkes und allem. Zeitl. H. Frhr. v. Seckendorff, bad. Chronik u. Sport: N. Volberauer, für den Anzeigenteil: A. Minersbacher, sämtl. in Karlsruhe i. B. Berliner Vertretung: Berlin W 10.

Anzeigen. Die Spezial-Kolonelzeile 30 Pf. Die Restamezeile 20 Pf. Restamen an 1. Stelle 1.25 Pf. die Zeile, außerdem 30% Feuerungszuschlag. Bei Kleinanzeigen tariflicher Rabatt, bei Wichtigehalten des Jales, bei gerichtlichen Verordnungen und bei sonstigen außer Kraft tritt.

Bezugs-Preise: Ausd. A ohne „Mittw. Beitschau“ Ausd. B mit „Mittw. Beitschau“ In Karlsruhe: monatlich 1.22 1.42 Im Verlage abgeholt 1.35 1.56 m. d. Zweigstellen 1.35 1.56 bei Abholung a. Posthalter 1.22 1.43 Durch d. Briefträger 1.46 1.67 Einzel-Nummer 10 Pf.

Verkaufsstelle: Briefl. und Lammstr. 26, nächst Kaiserstraße und Marktplatz. Postfach-Nr. 3359.

Nr. 76. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Freitag den 14. Februar 1919. Telefon: Redaktion Nr. 809. 35. Jahrgang.

Zur Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen.

D. Lugano, 14. Febr. (Privatteil.) Barzini telegraphiert aus Paris an den „Corriere della Sera“: Der Kriegsrat fand eine Lösung, welche die Idee Wilsons mit der militärischen Notwendigkeit verbindet. Er schloß einfach, die für den künftigen Völkerverbund prinzipiell vorgeschlagene Abrüstung beim Feinde sofort in Kraft treten zu lassen. Näheres hierüber werde Deutschland am 15. Februar durch Marshall Foch hören. Jedenfalls werde die den Deutschen diktierte Herabsetzung des Heeres derartig sein, daß die Entente sorgeloos in die Zukunft schauen könne. Man gebe zu, daß Deutschland aus inneren Gründen ein gewisses Heer haben müsse, aber dieses Heer dürfe nicht so groß sein, daß es für Polen gefährlich werden und zur Aktion außerhalb der Reichsgrenzen dienen könne.

Basel, 14. Febr. (Privatteil.) Das Pariser „Journal“ meldet: Die neuen Waffenstillstandsbedingungen werden wahrscheinlich u. a. die Besetzung der Zone von Essen bis zur holländischen Grenze nach Norden enthalten; der südliche Teil der neutralen Zone dürfte nicht besetzt werden.

Paris, 13. Febr. Nach einer Havasmeldung wird das hervorleuchtendste Merkmal des neuen Waffenstillstandes sein, daß er nicht mehr auf kurze Zeit, sondern endgültig bis zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien verläuft. Der Oberste Kriegsrat war der Ansicht, daß der provisorische Modus vivendi weder für Deutschland noch für die Entente länger wünschenswert sei und daß es besser sei, das Problem in den Beziehungen der beiden Parteien zu beilegen. Seit dem 11. 11. 18 haben die Alliierten in der Tat Deutschland aus der Nähe prüfen und sich von seinen wirklichen Absichten ihnen gegenüber Rechenschaft ablegen können. Sie müssen in der Lage sein, von ihm die Ausführung seiner Verpflichtungen zu erwarten, ohne das Zwangsmittel einer allmonatlichen Erneuerung des Waffenstillstandes zu gebrauchen, das gleich einem Damoclesschwert über Deutschland schwebt.

Paris, 14. Febr. (Privatteil.) „Somme libre“ meldet, daß die Mehrzahl der Alliierten in der Frage des neuen Waffenstillstandes sich auf die Seite Fochs gestellt haben. Sch. Genf, 14. Febr. (Privatteil.) Der „Temps“ meldet, daß die Sozialisten auf Besprechung ihrer Intentionen gegen eine Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten verzichtet haben. Die Besprechung sollte am Samstag stattfinden. Der „Temps“ feiert die Stellungnahme der Sozialisten als patriotische Tat.

Paris, 14. Febr. (Privatteil.) Der „Temps“ meldet, daß die Sozialisten auf Besprechung ihrer Intentionen gegen eine Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten verzichtet haben. Die Besprechung sollte am Samstag stattfinden. Der „Temps“ feiert die Stellungnahme der Sozialisten als patriotische Tat.

Paris, 14. Febr. (Privatteil.) Der „Temps“ meldet, daß die Sozialisten auf Besprechung ihrer Intentionen gegen eine Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten verzichtet haben. Die Besprechung sollte am Samstag stattfinden. Der „Temps“ feiert die Stellungnahme der Sozialisten als patriotische Tat.

Neue deutsche Proteste.

Berlin, 14. Febr. Der deutsche Vorkriegsüberreichte von alliierten Kommissionen die Note, in der die Behauptungen französischer Pressemedien und Kunstprübe als reine Erfindungen zurückgewiesen werden, daß Deutschland seine Demobilisierung nicht losche und gegenwärtig 18 Divisionen an der Westgrenze und 13 in der Gegend von Thion verammelt habe. Im Auftrage der deutschen Obersten Heeresleitung erhob die deutsche Kommission Einspruch gegen den Ausbruch einer französischen Note, die von einer mutwilligen Zerstörung industrieller Anlagen in Belgien und Frankreich spricht, mit dem allgemeinen Ziele, diese Industrie auf Jahre hinaus lahmzulegen. Demgegenüber ließ die Oberste Heeresleitung auf das Nachdrücklichste betonen, daß alle von ihr und der deutschen Regierung in dieser Richtung gegebenen Anordnungen durch die feindliche Blockade notwendig geworden und lediglich aus militärischen Gründen zur Beschaffung der auf anderem Wege für Deutschland nicht erhältlichen Mittel zur weiteren Kriegsführung getroffen worden sind. In einer weiteren Note protestiert der Vertreter der deutschen Regierung nachdrücklich gegen die bereits gemeldete Zurückhaltung von 5 deutschen Schiffen durch die Franzosen, welche französische Kriegsgefangene aus Deutschland nach Frankreich befördert hatten. Die Verwendung derer des Generals Hubant. Sowohl er als auch Marshall Foch sicherten die Rückkehr der Schiffe zu. Gleichwohl seien diese Schiffe in Cherbourg zurückgehalten worden. Die französische Regierung verweigert

ihre Rückgabe mit der Begründung, daß durch die Schiffahrtskonferenz in Spa eine Entscheidung über die vorläufige Verteilung der deutschen Handelsflotte bevorstehe und daher die Rückgabe der Schiffe unnötige Kosten verursachen würde. Demgegenüber muß die deutsche Regierung feststellen, daß sie sich zwar bereit erklärt hat, die deutsche Handelsflotte den Alliierten zur Verfügung zu stellen, daß sie aber diesen nicht das Recht eingeräumt habe, die deutschen Handelschiffe fortzunehmen. Das Festhalten der Schiffe stelle nicht nur einen Bruch der von General Hubant schriftlich gegebenen Versprechungen dar, daß die deutschen Schiffe heimkehren würden, sondern widerspreche auch dem Waffenstillstandsvertrage. Die deutsche Regierung erhalte daher um sofortige Rückgabe der betreffenden Schiffe nach Deutschland.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Wilson und die Friedenskonferenz. Paris, 13. Febr. (Havas.) Man berichtet in amerikanischen Kreisen, daß Wilson, dessen Abreise für den 16. Februar festgesetzt wird, nur eine Woche in den Vereinigten Staaten bleiben wird. Die Arbeiten der Friedenskonferenz werden fortgesetzt. Der Präsident soll erklärt haben, er erkenne sich nicht das Recht zu, die durch seine Abwesenheit zu unterbrechen. Die Völker warteten sehnsüchtig darauf, daß die Pariser Konferenz ihnen den endgültigen Frieden bringe. Daher werde Oberst House an seiner Stelle den Platz des Chefs der amerikanischen Delegation mit allen Vollmachten einnehmen.

Frankreich und der Völkerbund. Bern, 13. Febr. In sehr harter Weise lehnt heute das „Echo de Paris“ das Wilsonsche Projekt des Völkerbundes ab. Das Blatt schreibt:

„Bis 25 Jahre lang muß es eine militärisch-wirtschaftliche Diktatur der Nationen geben, die ihre Stärke gegen den Rhein, die Mittelmeer Küsten mit Frankreich, England, Italien und Belgien und wirtschaftliche Abkommen aller Rohstoff-fabrikierenden Länder nicht notwendig. Wenn sich ein Viertel Jahrtausend lang die Organisation der jetzigen Ententeänder in dem Werte der Liquidierung und des Schutzes Europa gefestigt hat, dann ist vielleicht der Augenblick für den Völkerbund am geeignetsten. Bis zu diesem Augenblick kann es nur einen Bund der im Verteidigungsstande gegen Deutschland befindlichen Völker geben.“

Japan veröffentlicht die Geheimverträge mit China.

Tokio, 13. Febr. (Reuters.) Tokio wurde beauftragt, alle Verträge mit China bekannt zu geben.

Ein Buch der Entente über die Vorgeschichte des Krieges.

Bern, 14. Febr. Wie der Londoner Mitarbeiter des „Temps“ drahtet, wird am 14. Februar mit Erlaubnis des Auswärtigen Amtes ein Buch erscheinen über die Vorgeschichte des Krieges, das wichtige Dokumente für die Festlegung der Verantwortlichkeit des deutschen Erzäfers und für die Lösung verschiedener auf der Friedenskonferenz aufgestellter Probleme enthalten sollte.

Von der deutschen Nationalversammlung.

Zur Rede Scheidemanns.

Berlin, 14. Febr. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schreibt zur Rede Scheidemanns: Als der alte Sozialdemokrat, der er geblieben, konnte Scheidemann ein Regierungsprogramm verkünden, das volle christliche Demokratie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und fortschreitende Sozialisierung zur Grundlage hat. Die provisorische Regierung hat ihr Ziel, die Nationalversammlung zu erreichen. Der Weg dazu war leider blutig. Am 1. November 1918, hatte die Sozialdemokratie der viel schwächeren unabhängigen Sozialdemokratie die Hälfte der Regierungsgewalt eingeräumt. Aber ein Teil dieser Partei wollte weit mehr, er wollte die Allein Herrschaft mit Hilfe von Maschinenengewehren über das ganze deutsche Volk. Dagegen hat die Sozialdemokratie ihre Vergangenheit, ihr Programm, ihre grundsätzliche Anschauung, die freie Volkswahl, die wahren Interessen der Arbeiterklasse und die Zukunft des Sozialismus freigelegt. Freiheit bleibt die Parole der regierenden Sozialdemokratie auch für die Zukunft. Freiheit soll auch im neuen Volkstheater jeder einzelne Mann haben. Aber das Heer als solches darf keine Politik treiben. Da die Sozialdemokratie keine Mehrheit hat, mußte sie mit den bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung eingeben. Scheidemann sprach die Hoffnung aus, daß Deutschlands große Not, welche die Mehrheitsparteien zusammengeführt hat, aus ihnen auch gute Kameraden machen werde. Die sozialistischen Mitglieder des Kabinetts bleiben auch in der Koalitionsregierung sozialistisch und ihre Hoffnung auf Deutschlands Rettung stützen sie darauf, daß sie allen Männern und Frauen des Volkes die Bahn frei machen wollen, allen Kräften, die von unten auf zum Lichte streben.“

Die fortschrittliche „Politische Zeitung“ meint: „Die erste große Debatte in der Nationalversammlung hat auf der Höhe der Aufgabe gestanden.“

„Es wird im Reiche“, sagt die „Deutsche Allg. Zeitung“, „als eine Erleichterung und als ein Anblick in eine frohere Zukunft begrüßt werden, daß nach langer Festsitzhaft und Zersplittertheit eine Regierung mit festem und bewusstem Programm vor das deutsche Volk getreten ist. Die Auseinandersetzung darüber wird sicherlich nicht ohne schweren Kampf der Meinungen und Interessen abgemacht werden können, aber man darf wieder der Hoffnung leben, daß sich aus solchem Kampf positive politische Leistungen ergeben und daß der Staat wieder die Funktionen eines lebendigen Organismus ausübt. Auch die Wirkung auf den Ausland kann wenigstens dort nur günstig sein, wo man die deutsche Entwicklung objektiv beurteilt. Da heute der Leiter der auswärtigen Politik zur auswärtigen Lage sprechen wird, so ist in der Rede des Ministerpräsidenten dieser Teil des Programms nur in einer kurzen straffen Aufzählung der deutschen Gesichtspunkte erledigt worden. Immerhin war aus ihr zu erkennen, daß mit der Bildung einer geschlossenen, verantwortlichen und homogenen Regierungsgewalt auch die Fragen der auswärtigen Politik eine festere Gestalt gewonnen haben.“

Die agrar-konservative „Deutsche Tageszeitung“ ist der Ansicht, daß die Bildung eines Koalitionskabinetts etwas sehr einseitig ausgefallen sei.

Die konservative „Kreuzzeitung“ jagt: „Wir werden die neue Regierung bekämpfen. Nicht nur die frühe Erinnerung an die Stunde der Revolution, der das Kabinett Scheidemann sein Dasein

verlangt, sondern auch die grundsätzliche politische Auffassung verbietet uns, mit dieser Regierung zusammenzugehen. Wir stellen das Vaterland über die Partei, aber wenn die Regierung lediglich Partei ist, so kann dieser Standpunkt nicht umegehalten werden.“

Reichspräsident Ebert.

D. Weimar, 14. Febr. (Privatteil.) Reichspräsident Ebert wird in nächster Zeit den Bundesregierungen und darauf den ausländischen Regierungen seinen Austrittsbesuch machen.

Paris, 13. Febr. Eberts Ernennung zum Präsidenten der deutschen Republik wird in der Pariser Presse noch wenig besprochen, doch ergibt sich aus diesen wenigen Kommentaren und den von der Presse veröffentlichten kurzen Lebensbeschreibungen ohne weiteres ihre ablehnende Haltung.

Die Geschehnisse im Reich.

Die preussische Landesversammlung.

Berlin, 14. Febr. (Privatteil.) Wie wir hören, findet am 17. ds. Mts. eine gemeinsame Sitzung des preussischen Kabinetts in Weimar statt. Nach einem Beschluß des Zentralrats wird die preussische Landesversammlung am 4. März in Berlin im Abgeordnetenhaus zusammenberufen. Die Tagung wird nur von kurzer Dauer sein.

Im der in Weimar tagenden deutschen Nationalversammlung keine Schwierigkeit zu bereiten, wird die Ausgabe der preussischen Landesversammlung sein; Konstituierung der neuen Regierung. Die Schaffung der neuen Verfassung dürfte auf später verlagert werden.

Die bisherigen preussischen Minister werden ihre Ämter ebenso wie die Volksbeauftragten es getan haben, zur Verfügung stellen. Für die neue preussische Verfassung ist ein Entwurf im Ministerium d. J. ausgearbeitet. Die endgültige Fassung wird sofort am Montag festgelegt. Dieser Entwurf wird sodann dem Zentralrat vorgelegt werden, bevor er an die preussische Landesversammlung geht.

Duisburg von den Belgiern besetzt.

Duisburg, 14. Febr. In der vergangenen Nacht wurden hier auf Anordnung des belgischen Abteilungs-Kommandos infolge der Vorgänge am Mittwoch belgische Truppen mit Maschinengewehren ein, um weitere Unruhen zu verhindern, und zwar in Stärke von einer Kompanie, der zwei weitere folgen sollen. Die Truppen gelangten gerade vor dem Rathaus an, als dort drei hamborner Spartakistenführer vorgefahren waren, um von dem Oberbürgermeister die Herausgabe von 50 beschlagnahmten Gewehren zu erzwingen. Die Belgier hielten das Automobil an. Die Spartakisten versuchten zu entkommen und eine Handgranate gegen die Belgier zu werfen, was jedoch vereitelt wurde. Die drei Spartakistenführer wurden schwer verletzt, daß sie in das Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Belgier besetzten zum Schutze der Bevölkerung das Rathaus.

Zum Streit in Hamburg.

Hamburg, 14. Febr. Die Angestellten der Hamburger Warenhäuser sind heute wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Zur Verhaftung Kadeks.

Berlin, 14. Febr. Zur Verhaftung Kadeks wird in der „Deutschen Allg. Ztg.“ gesagt: „Die spartakistische und die unabhängige Presse sprechen Drohungen gegen die Reichsregierung aus. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß es nicht Sache der Regierung, sondern zunächst der Staatsanwaltschaft und sodann der Gerichte ist, über die Zulässigkeit und den Fortgang des Verfahrens zu entscheiden. Im Uebrigen ist nicht jeder im Auftrage einer fremden Regierung in das Inland reisende Ausländer von der inländischen Gerichtsbarkeit befreit, sondern nur diejenigen, die von der inländischen Regierung als Vertreter angenommen und bei ihr beglaubigt worden sind. Kadek hat sich aber gegen den Willen der deutschen Regierung in das Inland eingeschlichen und ist als Privatmann anzusehen. In diesem Falle ist ein Konkrete hinzugezogen worden. Zwischen der deutschen und der russischen Regierung bestehen zur Zeit keinerlei amtliche Beziehungen, noch viel weniger ist Kadek als Vertreter Russlands bei uns beglaubigt oder aufgenommen worden.“

Sch. Berlin, 14. Febr. (Privatteil.) Im Verfolge der Verhaftung Kadeks ist es gestern gelungen, sechs weitere Spartakistenführer festzunehmen. Auch zwei russische Couriers, die Kadek mit neuem Material der russischen bolschewistischen Regierung aufsuchen sollten, wurden verhaftet.

Sch. Berlin, 14. Febr. (Privatteil.) Der bei Kadek vorgefundene Mobilisierungsplan der Spartakisten in Deutschland hat den Ausbruch der Spartakistrevolution in zahlreichen deutschen Großstädten für den 20. März vorgeesehen. Nach einem einheitlichen Plan sollten in den Großstädten zunächst die Kasernen überzumpelt werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 14. Febr. Aus den Vereinigten Staaten werden lt. „Berl. Vol. Anz.“ 800 Bolschewisten und linksradikale Aufwiegler ausgewiesen.

Zürich, 14. Febr. (Privatteil.) Der Wiener Vertreter des „N. F. Z.“ drahtet: Im Besinden des Kaisers Karl ist eine gefährliche Verschlimmerung eingetreten. Er leidet an Herzmusteleizschlafung mit bedenklichen Erscheinungen von Herzschwäche und kann nur wenige Stunden mehr das Bett verlassen. Die Ärzte erklärten den Zustand für sehr ernst.

Kowno in bolschewistischem Besitz?

Berlin, 14. Febr. (Privatteil.) Ueber die angebliche Besetzung Kownos durch die Bolschewisten ist, wie wir hören, an zuständiger Stelle nichts bekannt. Allerdings haben die Sowjettruppen bereits vor Tagen angekündigt, daß sie Besatzung Kowno zu nehmen und heute morgen war die Telefonverbindung mit Kowno unterbrochen. Es scheint daher wohl als wahrscheinlich, daß Kowno in die Hände der Bolschewisten gefallen ist, die hier in einer Stärke von 22 000 Mann auftraten.

Badische Chronik.

Mannheim, 14. Febr. Beim Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen kam der 58jährige Tagelöhner Johann Reibold von Heidenheim zu Fall und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb. — Das Jähr. Schädigen einer Familie in Käfental stürzte in einen mit kochendem Wasser gefüllten Behälter und zog sich derartige Brandwunden zu, daß es starb. — In einer Fabrik in Ludwigshafen kam ein 15jähriger Knab mit dem Kopf in den Aufzug und wurde sofort getötet.

Vom Taubergau, 17. Febr. Am Samstag, den 8. ds. Mts., hielten die Mühlenbesitzer des Bezirks Taubergau unter Anwesenheit des Bezirksamts und eines Mühlenkontrolleurs eine Versammlung ab. Man besprach sich allgemein über die neue bündig verschärfte Mühlenkontrolle. Die Bezirks- bzw. Kreis-Landesverbände badischer Müller haben sich schon im Jahre 1916/17 an das badische Ministerium um Abänderung der Kontrollvorschriften erfolglos gewandt. Sollte einer Abänderung im Sinne der von der Versammlung gestellten Anträge nicht stattgegeben werden, so wären die Müller — wie in der Versammlung betont wurde — auf Selbsthilfe angewiesen und sie würden sich juristisch erklären, ihre Leistungen nur nach den Kommunalverbänden zur Verfügung zu stellen, was jedenfalls für die Selbstvergeber ebenso unangenehm wäre, wie den Müllern selbst. Es erfolgte in dieser Hinsicht eine einstimmige Einigung.

Baden-Baden, 13. Febr. In den letzten Tagen haben die von den Gemeinden Baden-Baden und Dos eingesetzten Kommissionen zur Prüfung der Frage der Eingemeindung von Dos in Baden zwei gemeinsame Sitzungen abgehalten. In denselben wurden alle Fragen einer genauen Prüfung unterzogen und zugleich volle Ueberinstimmung erzielt, so daß durch die Kommissionsmitglieder die Unterzeichnung des Eingemeindungsvertrages erfolgen konnte. Nunmehr werden sich die Bürgerausschüsse der beiden Gemeinden mit der Angelegenheit zu beschäftigen und wenn diese und die Regierung ihre Zustimmung erklären, wird die Vereinigung der Gemeinde Dos mit Baden-Baden in Bälde erfolgen können.

Freiburg, 14. Febr. Bei den Notstandsarbeiten im alten Theater, dem Chor der alten Augustinerkirche, ließ man auf Gräber, die aus dem 17. bis 18. Jahrhundert stammen. In einem Grab liegen die Reste eines Kindes, das dort der Oberbaumeister nach Befehl beigesetzt worden ist, der bei der heftigsten Verteidigung der Panette von der Batterie Leopo 5 an der Spitze von 200 österreichischen Grenadiern am 14. Oktober 1713 gefallen ist.

Die finanzielle Lage der Bad. Staatsbahnen.

Karlsruhe, 14. Febr. In der am 8. Februar abgehaltenen Eisenbahnbüro-Aktion machte der Generaldirektor, Staatsrat Schür, Mitteilungen über die dermalige finanzielle Lage der badischen Staatsbahnen.

Ausgehend von dem im Jahre 1912 dem Landtag vorgelegten Denkschrift des Finanzministeriums über die Tilgung der Eisenbahnschuld und die Bildung eines Ausgleichsfonds bei der Eisenbahnschuldentilgung legte er anhand eines eingehenden Zahlenmaterials dar, daß das Verhältnis der Eisenbahnschuld zum Gesamtanlagekapital der dem badischen Staat gehörenden Verkehrsunternehmen damals — auch im Vergleich zu den bei den anderen deutschen Staatsbahnverwaltungen bestehenden Verhältnissen als recht günstig bezeichnet werden konnte und daß auch die Entwicklung während der noch folgenden Friedensjahre wie auch während der Kriegsjahre bis einschließlich 1917 in ähnlicher günstiger Weise verlaufen ist. Allerdings war diese Entwicklung während der Jahre 1914 bis 1917 nur dadurch möglich, daß der Krieg die Eisenbahnverwaltung zu einer starken Zurückhaltung in der Unterhaltung und Erneuerung der Eisenbahnanlagen, Ausstattungsgegenstände und Fahrzeugen sowie in dem Ausbau der ersten und der anschließenden Vermehrung der letzteren, ferner zu einer starken Ausnützung des infolge des Krieges verminderten Personalstandes zwang, so daß nach Beendigung des Krieges eine mit sehr bedeutendem Kostenaufwand verbundene gründliche Erneuerung des gesamten mechanischen Apparates unermesslich war. Immerhin lag in der günstigen Entwicklung der Eisenbahnschuld während der Kriegsjahre bis 1917 eine erhebliche Reserve für die Kosten der Erneuerung.

Aber schon bevor es zu dieser kam, trat im Jahre 1918 ein gewaltiger Umschwung zum Schlechteren ein. Soweit das Ergebnis dieses Jahr sehr schon überblickt werden kann — die Betriebsrechnung wird erst am Ende März 1919 endgültig abgeschlossen — werden in diesem Jahr zum ersten Mal seit dem Bestehen der badischen Staatsbahnen die Betriebseinnahmen die laufenden Betriebsausgaben nicht decken und zwar ist mit einem Betriebsausfall von über 11 Millionen M. zu rechnen. Da der Bedarf der Eisenbahnschuldentilgungszinsen für Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld rund 32 Millionen Mark betragt, ergibt sich ein festbetragter bei dieser Rate von 43 Millionen Mark und wenn man das Tilgungsverhältnis mit 9 Millionen anseher betrachtet läßt, immer noch ein solches von 34 Millionen Mark, gegenüber dem Abschluß der Eisenbahnbetriebsrechnung für 1917 steht für 1918 eine Verschlechterung um 54 Millionen Mark zu erwarten.

Die Ursachen dieser Verschlechterung liegen nicht auf der Einnahmeseite, da die Einnahmen voraussichtlich noch um 3 Millionen Mark höher sein werden, als 1917, sondern ausschließlich auf der Ausgabeseite und zwar werden die persönlichen Ausgaben einer Steigerung um 37 v. H., die sachlichen Ausgaben um 59 v. H. aufwelen. Bei den persönlichen Ausgaben haben hauptsächlich folgende Umstände die Steigerung bewirkt: Die Erhöhung der Einkommensbezüge der Beamten und Arbeiter (der Gesamtbetrag der 1918 ausbezahlten Teuerungszulagen betrug 45 Millionen Mark, wovon 16,4 Millionen auf die im Späthjahr gewährten einmaligen Teuerungszulagen entfallen), die Erleichterung der Arbeitsbedingungen, wie Einführung des Achtstundentages, Verbesserung der Dienst- und Ruhezeiten, Aufhebung der Sühnarbeit in den Werkstätten, ferner auf die Vermehrung der Beamten und Arbeiter nach Eintritt des Kriegszustandes. Diese Wirkungen traten größtenteils erst in den letzten Monaten des Jahres 1918 ein; sie werden daher auch erst im Jahre 1919 voll in die Errechnung treten. Bei den sachlichen Ausgaben ist z. B. auf die gewaltige Steigerung der Kohlenpreise (250 v. H. gegenüber den Preisen bis März 1917) bei erheblich verschlechterter Güte der Brennstoffe, ferner der Preise für Eisen und Stahl (bis über 800 v. H.) für Fahrzeuge zu verweisen.

Wird hiernach schon der Rechnungsabluß für 1918 ein sehr unerfreuliches Bild zeigen, so ist der Ausblick auf das Jahr 1919 noch weit düsterer. Bei der Unsicherheit aller Verhältnisse läßt sich hier naturgemäß eine zuverlässige Schätzung jetzt noch nicht anstellen. Immerhin ist zu erwarten, einen ungefähren Uebersicht zu gewinnen; darnach würde für 1919 mit einem Betriebsausfall von 90 bis 100 Millionen Mark zu rechnen sein, wozu dann noch die Beiträge für Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld treten. Bei den persönlichen Ausgaben werden die dabei erwähnten Umstände im Jahre 1919 ein weiteres hartes Anschwellen bewirken. Zur Zeit liegen der Eisenbahnverwaltung Anträge der Eisenbahnarbeiterverbände auf Einführung von Lohnstarifen vor, bei deren Annahme eine Steigerung des Aufwandes von 28 bis 55 Millionen zu erwarten sein wird; damit würde aber dann auch eine entsprechende Aufbesserung der Bezüge aller Beamten und auch derjenigen der allgemeinen Staatsverwaltung erforderlich, die den Aufwand noch weiter gewaltig erhöhen würde.

Die Generaldirektion hat die Anträge der Verbände dem Finanzministerium vorgelegt, da darüber nur die Gesamtregierung im Einvernehmen mit der Nationalversammlung Entscheidung treffen kann. Bei den sachlichen Ausgaben hält die Steigerung der Baustoffpreise noch weiterhin an, ja sie verschärft sich noch infolge des außerordentlichen Mangels an Kohlen und Rohstoffen. Die Belegung von Notstandsarbeiten, an denen sich die Staatsbahnen zurzeit in ausgiebigstem Maße beteiligen, wird naturgemäß die Kosten in noch weitergehendem Maße unangünstig beeinflussen. Bei den Einnahmen ist zu berücksichtigen, daß zwar durch die auf 1. April in Aussicht stehende Erhöhung der Personen- und Gütertarife eine Einnahmesteigerung zu erwarten ist, die in der dem Eisenbahnbetrieb vorgelegten Denkschrift zu 43,5 Millionen Mark geschätzt ist. Dafür sollen aber die bisherigen hohen Einnahmen aus dem Mätrverkehr, die im Jahre 1918 nach 33 Millionen betrugen, nahezu ganz wegfallen, so daß nur mit einer tatsächlichen Einnahmesteigerung von etwa 11 Millionen zu rechnen sein wird.

In Uebersichtnahme mit den in letzter Zeit erfolgten Reklamationen über die Lage anderer deutscher Staatsbahnverwaltungen ist hiernach auch bei der badischen Staatsbahnverwaltung die Aussichten außerordentlich trübe, wenn es nicht gelingt, der Steigerung der Ausgaben Herr zu werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 14. Februar. — Familienunterstützung. In der letzten Zeit sind zahlreich Angehörige von Kriegsteilnehmern, die bisher ihre Kriegsunterstützung durch die Post aus Orten des sinesischen Gebietes und der neutralen Zone erhielten, wegen Weiterzahlung der Kriegsunterstützung bei denjenigen Versicherungsvereinen, in deren Bezirk sie jetzt ihren Wohnsitz haben, vorstellig geworden, weil die Geldsendungen ausbleiben würden. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat daher auf Veranlassung des Reichsrats des Innern diese Versicherungsvereine angewiesen, die Familienunterstützung den berechtigten Empfängern in der erforderlichen Höhe einwirken zu lassen. Von den Familien werden nach Möglichkeit entsprechende Ausweise über ihre Berechtigung zum Bezug der Familienunterstützung vorgelegt. Da die Besorgung dieser Unterlagen nicht selten auf Schwierigkeiten stoßen wird, wird angeregt werden, daß die Versicherungsvereine des sinesischen Gebietes und der neutralen Zone die Unterstellungen weiter zahlen oder mit den für sie zentralen Verwaltungsbüros der Zusagsorte wegen der vorläufigen Weiterzahlung in Verbindung treten können.

Die Umschicker. Zur Umschicker hat der Bundesrat neuerdings wieder mehrere Ausführungsbestimmungen beschlossen. Den Teppichn wird heute ein von Fußbodenbelag oder Wandbespannung gleichgestellt, gleichgültig, ob der Stoff abgeputzt ist oder nicht. Auf die Art des Stoffes kommt es nicht an. Bekleidungs- und Ausstattungsgegenstände von Angehörigen des Heeres und der Marine und von Beamten, die im Dienst Uniform zu tragen verpflichtet sind, unterliegen der höchsten Umschicker nicht, wenn sie sich im Rahmen der einschlägigen Ausstattungen nach den amtlichen Bestimmungen halten. Sie gelten aber nicht für Gegenstände, deren Beschaffung nicht dienstlich erforderlich ist, wie Gala- oder Staatsuniformen, Bekleidungsgegenstände von Angehörigen des Heeres mit Belz unterliegen der höchsten Umschicker nicht, wenn sie den Vorschriften entsprechen, und sich im Rahmen der einschlägigen Ausstattungen halten. Die Bezeichnung ist nicht auf sonstige Uniformstücke mit Belz.

Die Wahlen zu den Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen. — Karlsruhe, 14. Febr. Zum Vollzuge der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten ist schon im Bad. Gesetze u. Verordnungsblatt eine Verordnung erschienen, die weitestgehend Änderungen der bisherigen Bestimmungen bringt und in den Hauptzügen folgendes bestimmt: Die als Anlage zur Verordnung des Ministeriums des Innern vom 4. Januar 1918, den Vollzug des § 11 des Reichsgesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst betreffend erlassene Wahlordnung gilt für die Wahlen der nach dem 2. Abschnitt der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 zu errichtenden oder neu zu wählenden Arbeiterausschüsse und Angestelltenausschüsse entsprechend mit folgenden Ausnahmen § 1 Absatz 2 und aus § 1 der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten ergebenden Bestimmungen: a. An Stelle des im § 1 zum Wahlleiter bestimmten Inhabers des Betriebs tritt ein von ihm zu bestellender aus der Zahl der

Frau Hannas Ehe.

Roman von Erna Weihenborn-Dander. (18. Fortsetzung.)

Eins der Kürtchen war herumgestiegen, so las Hanna gerade den Namen, der unten in der rechten Ecke stand: „Frau Josef Rasperling, Vorstand der Wohltätigkeitsvereinigung von K...“ Unwillkürlich fiel ihr das Schildchen ein, das an Tante Esfriedens Haustür mahnte: „Betteln und Hausieren ist verboten.“ Sie blickte herum und sah die drei Augenpaare auf sich gerichtet, die alle auf ein zustimmendes Wort zu warten schienen. Aber dieses Wort blieb aus.

„Du scheinst keine Lust zu haben“, erkundigte sich Henriette, nachdem eine geraume Zeit verstrichen war. Und da geschah das Unglaubliche, Frau Hanna lehnte sich in ihren Sessel zurück und sagte ruhig: „Du hast recht, Henriette. Ich habe keine Lust.“

Tante Esfriede war die erste, die sich erhobte. „Darf man nach dem Grund dieser merkwürdigen Weigerung fragen?“ meinte sie und ihre Stimme klang scharf, wie in jenen ersten Minuten damals am Bahnhof. „Der Grund!“ Hanna holte tief Atem. „Ich wüßte nicht, weshalb ich den vor euch verstoßen sollte. Du sprichst eben von denen, Tante, die mich beiseite wirft, und denen man dann nicht mehr helfen will, weil sie dies Beiseitewerfen selbst verschuldeten. Da dachte ich, es müßte ein großes Wert sein wenn man diesen Verworfenen wieder auf die Füße helfen würde, wenn man also gegen die, die an eure Tür vergeblich klopfen,

barmherzig wäre. — Das ist der Grund meiner Weigerung, Tante.“

Als Tante Esfriede und Renate nach einem kalten Abschied gegangen waren und Henriette sich mit einer kurzen Entschuldigung auf ihr Zimmer zurückgezogen hatte, dachte Hanna noch einmal über ihre Worte nach. Konrad fiel ihr ein, aber sie bereute trotzdem nicht, was sie gesagt.

Am Abend erzählte sie es ihm. Es gab eine Szene. Er war entsetzt, sie beharrte auf ihrem Standpunkt. Zum ersten Male in ihrer jungen Ehe schloßen sie unverzöhnt ein.

Nach dem Hauptteil des folgenden Tages hielt die unerwartliche Stimmung an, als aber Hanna sah, wie ihr Mann darunter litt, warf sie ihren Stolz beiseite und lenkte ein. So saßen sie abends wieder Hand in Hand auf dem moosigen Stein des kleinen Aleteaus am Gartenende und lachten auf die Klänge einer Zichbarmonika, die vom Winde halberweht dann und wann zu ihnen herüberflamte.

„Wie gut war es, daß du mir die Insel schenktest“, sagte Frau Hanna und legte den Kopf an seine Schulter. „Wir wollen sie Eden taufen.“

Er antwortete nicht. Aber er lächelte auch nicht über ihre Schwärmerei.

Ueber die Wohltätigkeitsfrage sprachen sie wie auf Veranordnung nicht mehr. Auch Tante Esfriede und die Schweistern nicht. Es schien sogar, als seien besonders die letzteren sehr mandmal freundlich, als es sonst ihre Art war. Bieleicht sollten die Reden auf diese Art unmerklich fester gezogen werden. Wer wußte, was sie wollten. Hanna war nicht mehr geworden, seit sie Frau Hofes Geschichte kannte.

ältesten Wahlberechtigten zu entnehmender dreigliedriger Wahlvorstand. Dieser Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden mit Stimmenmehrheit. Ist die Wahl ergebnislos, so fällt der an Lebensalter Meiste den Vorsitz.

b. Wahlberechtigt und wählbar sind alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Als Angestellte sind nicht nur die nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtigen Angestellten wahlberechtigt, sondern auch die nach § 11 oder § 14 Nr. 2, 3 deselben Gesetzes von der Versicherungspflicht befreiten sowie diejenigen, die versicherungspflichtig gewesen wären, wenn nicht ihr Jahresarbeitsverdienst 5000 Mark oder bei älteren das letzte Lebensjahr übersteigen würde.

c. In Betrieben, Verwaltungen und Büros, in denen in der Regel weniger als 50 Arbeiter oder Angestellte beschäftigt sind, besteht der Arbeiter- und Angestelltenausschuss aus je 3 (nicht 5) Mitgliedern und ebensoviel Ersatzmitgliedern.

d. Die in der Vorläufsliste (§ 13 Absatz 1 der Wahlordnung) hinter den Gemächten stehenden gelten als Ersatzmitglieder.

e. Ueber Einsprüche gegen die Liste und über Wahlen werden die Mitglieder der Wahlkommission an Stelle des Bezirksamts und Bezirksrats der Einschickung ausgesetzt.

Die Wahlen sind sofort anzubereiten. Sie sollen spätestens zum 15. März 1919 beendet sein.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

R. B. Karlsruhe, 14. Febr. Die gestrige Wiederholung von Beethovens „Fidelio“ zählte zu den schönsten Aufführungen unserer Oper im Stadt-Konzerthaus. Schon nach den ersten Takten der Ouvertüre befand man sich ganz im Banne der Ueberlegenheit und Siebhaftigkeit, mit der Herr Operndirektor Coriolegis das so neue musikalische folgende Orchester leitete. Man fühlt so recht, welche Umsicht und Innigkeit der Dirigent dem Werke Beethovens entgegengebracht und empfindet dankbar die ungemeine Vollkommenheit, die sich in der Technik im Ausdruck, in der Auffassung und in der dramatischen Zeichnung offenbart. Solokräfte sowie Chor und Orchester leisteten Wunderbares und folgten willig ihrem genialen Führer. Herr Palm-Cordes von großer Wirkung in der Titelrolle, Herr Schöll als Florestan von heller, klarer Stimme, Herrn Winters frohlockend, Herrn Jürgens Winkler, dazu Herr Hagedorn als Rocco, Herr Friedrich als Marschall und Herr Seydel als Jaquino waren ein Ensemble dem ausweichlicher Art und mit herzlichem Beifall kannte darum das Haus die prächtige Gesamtauführung an.

Expressionistische Bildgestaltung.

Karlsruhe, 14. Febr. Dr. B. Fraenger dr. des freien Künstervereins, hielt gestern in der Galerie No. 33 seinen zweiten Vortrag, dem das Thema „Expressionistische Bildgestaltung“ zugrunde lag. Er ging von den Zielen und Leistungen des Impressionismus aus, jener Richtung der letzten Jahrhundert, die jede Entscheidung in der Natur gewissermaßen als Stillleben behandelte. Die Sorge der Impressionisten galt einer Lichtführung, nicht einer Seelenführung, das Auge wurde als farbenempfindende Linse, nicht als Befruchtung in höchsten Lebens eingestuft. So bildete der Impressionismus mehr der sinnlichen Seite der Kunst, war mehr Oberfläche als Tiefe. Der Erste, der von ihm abwich, war van Gogh, der sich wieder auf den Boden subjektiven Nachdenkens stellte. Neben diesem Vorläufer zum Expressionismus stehen Gauguin, der die Primitiven und Ozeanien, der die farblich abstrakte Ansprache der Kunst eingeführt hat. Es wurden Kubismus und Futurismus lebendig, stark, dem Aktivismus und der unmittelbaren Gebirgsbewegung angepaßte Stile. Es sei an sich begrifflich, das das Bildtum dieser revolutionären und revolutionierenden Bildgestaltung ratlos gegenüberstehe. Aber auf dem Gebiete der Kunst sei nun einmal nicht der auf der Welt, ausgetretenen Straße gehende Weltmaßgebend, sondern der auf neu zu erobernden Gebieten tätige Künstler.

Der Vortragende beleuchtete dann, auf die gegenwärtige Kunststellung der Expressionisten Schlöfer und Jakobin abgehend, den Weg und die Darstellung der Schlichteren. In treffender Weise schenken die gestern vielen eine Ahnung von der Persönlichkeit und dem Schaffen dieses Künstlers anheimern. Ich habe Dr. Fraenger die Stoff- und Stoffeigenschaften Schlöfers auszuhandeln. In all diesen Worten nun, Chinosien und dramatischen Bildern offenbart sich als höchstes ein heißes, Neues empfindendes Blut und eine absolut sich gestaltende Hand. Die Annäherung eines großen Teilens der Zukunft sei erleichtert ein neu hinzugekommenes, überaus elastisches und reißes Werk Schlöfers. Der unfaßliche und widerwärtigste Mann! Jakobin, der der Ansicht ist, daß die Kunstwerke selbst zum Behauer reden müssen, hätte den Vortragenden veranlaßt, von einer Sprechung seiner ausgestellten Werke abzusehen. Trotzdem widmete ihm Dr. Fraenger einige Worte, in denen er glänzend betont, wie bis aus Kraft und Mühsal zusammengepackte Seele Jakobins sich allen weltlichen Einflüssen entgegen zu Offenbarung tiefster russischer Ausdrucksart hingefunden habe.

Auszug aus den Ständebüchern Karlsruhe.

- Störcken, A. Febr.; Bälle, M. Febr.; Kater, C. Febr.; ...

Kopierrecht 1917 Bd. 22, 3. Abtheilung Verlag, Leipzig.

Hypothekenbank in Hamburg.

Table with columns: Vermögen, Bilanz auf den 31. Dezember 1918., Schulden. Includes sub-sections: Soill., Gewinn- und Verlust-Conto auf den 31. Dezember 1918., Haben.

Hamburg, den 31. Dezember 1918. Hypothekenbank in Hamburg. Die Direktion: Dr. Gelpcke, Dr. Bendixen, Dr. Henneberg.

Freiwillige Grundstücks-Versteigerung.

Die Erben des Bädermeisters Wilhelm Drollinger und seiner Witwe Johanna geb. Rint in Karlsruhe lassen am: Samstag, den 15. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr die nachbeschriebenen Grundstücke durch das Notariat Karlsruhe V auf dem Rathaus zu Amlingen öffentlich versteigern.

Am 12. ds. Mts. ist unser Werkmeister Herr Otto Wunsch nach längerem Leiden sanft entschlafen.

Todes-Anzeige. Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, meine liebe Mutter und Großmutter Frau Magdalene Dilger Witwe im Alter von 78 Jahren in die ewige Heimat abzurufen.

Lebensmittelmarken! Für verfallene, verlorene und sonst abhandlungsfähige Lebensmittelmarken kann Ersatz nicht gewährt werden.

KUNSTHANDLUNG SCHWARZ Kaiserstraße 225. Neu eingegangene Werke: Kallmorgen Schönleber

Akkumulatoren, ein- und mehrzellig, 30 und 45 Amp. Stunden, von Mk. 14.50 bis Mk. 78.-, besonders geeignet für elektr. Kleinbeleuchtung für Lampen von 2-32 Kerzen

Douglas jr. Sung, kein Laden. Es ist ratsam, die ältesten Pelze ändern, sowie neue bei tadelloser Ausführung arbeiten zu lassen.

Städt. Vierordtbad Kohlensäurebäder und elegante Wannenbäder. I., II. u. III. Klasse.

Stammholz-Versteigerung. Die Gemeinde Amlingen verleiht im Gemeindevorstand über Grundbesitz am Montag, den 17. Februar nachmittags 2 Uhr folgende Holz:

Geld-Lotterie. 155000 60000 20000 Lose à 3.30

Gefunden wurde eine Herrschaft (Schafschaf) Abgeholt: Morgenstr. 37, 3. St., rechts.

Verloren gold. Damenuhr. Sprung, in der Gegend von Dorn. Im Rückgang wird gebeten.

Einschränkung der Ausgabe von Entlassungsanträgen.

Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß die Anfertigung von Entlassungsanträgen zunächst bis 28. Februar 1919 einzustellen ist, um die für den Grenzschutz Ost benötigte Besetzung sicher zu stellen.

Bekanntmachung.

Die Kriegsunterstützungen für die 2. Hälfte des Monats Februar 1919, werden soweit noch Berechtigten zum Bezug besteht, nach Maßgabe der Nummern der Unterstützungsausweise in folgender Reihenfolge ausbezahlt:

Unsere Fachabteilung für das Hotel- u. Wirtschaftsgewerbe befindet sich jetzt Zähringerstr. 98, (Erdgeschoss) Sonntag geöffnet von 10 bis 12 Uhr

Öffentliche Versteigerung.

Am Montag, den 17. Februar, vormittags 9 Uhr u. nachmittags 2 Uhr und die kommenden Tage findet in Karlsruhe, Gewerbehof am Albellplatz, Versteigerung von

Berein Chinnuch Neorim Agudas Jisroel Mädchengruppe.

Am Samstag, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Saale des Goldenen Vortrag des Herrn Max Cohen aus Köln statt.

Drehbänke mit Zeit- und Zugwindel hat zu verkaufen K. Martin, Maschinenfabrik, Offenburg.

Münchener Großbrauerei Biergroßhändler sucht für Karlsruhe und Umkreis solventen, gut eingeführten Vertreter. Angebote unter M. U. 4959 an Rudolf Mosse, München.

Schmuckfächer aller Art und Pfandscheine werden stets angekauft in Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Ankauf! Gebrauchte Nähmaschinen, sowie Taschenuhren, alte Polstermöbel, alte Porzellan- und Porzellan-gegenstände, alte Porzellan-gegenstände, alte Porzellan-gegenstände.

Höchste Preise zahlt für gebrauchte Vorhänge, Teppiche, Wäsche, Pfandscheine u. An- und Verkaufsgeschäft Brauner, Rudolfstr. 10, III. St.

Falten- und Kaninjelle frisch od. trocken gepannt, laßt einlegen u. in Rollen zum besten Preis. 18705 Kummer, Zähringerstr. 50, I.

Hypotheken gesucht in Rollen von: M. 40000 M. 25000 M. 20000 M. 10000

200 Mark zu leihen gegen ge. Büttel, Nachzahlung u. Zins. Angebote unter Nr. 28116 an die Bad. Presse.

Altmetalle Kupfer, Messing, Rotguld, Zink, Blei, Alufolien, Altpapier, Zeitungen u. Altes zum Einfließen, Glascherben, alte Porzellan Lumpen und Felle

Securio? KOKS wird rationell verbrannt mit Unterwindfeuerung

Leder-Treibriemen in allen Quantitäten und Breiten sofort ab Lager lieferbar.

1 kräftiges Pferd, Schimmel, 10 Jahre alt, und sehr gut im Zug, haben zu verkaufen.

Auto! 8/16 Mathis Landaulet 4fährig, offen und geschlossen zu fahren, Radlerherberd, für Stadt oder Stadtwagen geeignet.